

Beschluss

Alles Gute kommt von unten - für eine Sozialdemokratie mit Haltung!

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 18.09.2026

Antragstext

1 Am 6. September 2026 hat Sachsen-Anhalt einen neuen Landtag gewählt. Die AfD hat
2 39 der 42 Sitze, die für eine absolute Mehrheit nötig gewesen wären, erreicht.
3 Und das bei einer Rekord-Wahlbeteiligung von 77,8 Prozent. Die SPD gewann 0,9
4 Prozent im Vergleich zur Landtagswahl 2021 hinzu und erreichte 9,3 Prozent der
5 Stimmen.

6 Über 17 Prozent mehr Menschen sind bei dieser Wahl zur Urne geschritten und fast
7 alle von ihnen sind an der SPD vorbeigegangen. Die große Mobilisierung dieser
8 Wahl hat nicht zu einem anteiligen Stimmengewinn der Sozialdemokratie geführt,
9 sondern unser Ergebnis nur marginal verbessert. Der Großteil unserer Stimmen
10 wurde uns dabei nicht aufgrund von Vertrauen in die Politik der SPD gegeben,
11 sondern lässt sich vor allem auf taktisches Wählen gegen eine AfD-Regierung
12 zurückführen. Nähme man nur die Stimmen, die die SPD aufgrund ihrer Inhalte
13 erhalten hat, wäre sie mit einem Anteil von etwa 2 Prozent der Stimmen aus dem
14 Landtag geflogen.

15 Das liegt nicht an dem Wahlkampf der Genoss:innen vor Ort. Im Gegenteil, sie
16 haben sich jeden Tag unter widrigsten Umständen den Debatten auf der Straße, den
17 Haustüren, auf Social Media und Podien gestellt. Ihnen gilt unser größter
18 Respekt und Dank für ihr Engagement.

19 Dennoch darf dieses Wahlergebnis uns nicht kalt lassen und gleichgültig
20 behandelt werden. Nach Thüringen 2024 ist Sachsen-Anhalt nun das zweite
21 Bundesland, in dem die AfD stärkste Kraft geworden ist und eine Sperrminorität
22 erreicht hat. Und das liegt nicht allein an den Gegebenheiten vor Ort. Das
23 Ergebnis ist vielmehr ein Abbild der gesellschaftlichen Lage. Die Wahl richtete
24 sich gegen die aktuellen Verhältnisse und ist Ausdruck einer wachsenden
25 Unzufriedenheit, welche langsam aber sicher ihren Höhepunkt erreicht. Eine
26 Unzufriedenheit nicht nur mit politischen Entscheidungen, welche von den
27 Regierenden getroffen werden, sondern auch zunehmend eine Unzufriedenheit mit
28 dem System als Ganzes.

29 1. Was die Bundesregierung mit unseren Stimmen tut

30 In Berlin regiert eine Bundesregierung mit sozialdemokratischer Beteiligung, die
31 den Sozialstaat in einem Tempo um- und abbaut, das seinesgleichen sucht.

32 Beim Wohngeld sollen rund 400.000 Haushalte ihren Anspruch verlieren. Wer krank
33 ist, soll bereits am ersten Tag zum Arzt. Der Achtsturentag steht zur
34 Disposition. Sachgrundlose Befristungen sollen von 24 auf bis zu 48 Monate
35 ausgedehnt werden. Gleichzeitig soll das Rentenniveau sinken, die "Rente mit 63"
36 abgeschafft werden und das Renteneintrittsalter erhöht werden. Pflegebedürftige

und ihre Angehörigen sollen zukünftig mehr zahlen. Das Bürgergeld wurde in seiner hart erkämpften Form abgeschafft und durch eine menschenunwürdige Grundsicherung ersetzt, die ihren Namen nicht verdient.

Jede dieser Reformen wird für sich genommen als maßvoller Einzelschritt verkauft. In der Summe der einzelnen kleinen Reformen ergibt sich jedoch ein Sozialstaatsabbauprogramm, gegen das die Agenda 2010 fast bescheiden wirkt. Und all das erneut mit sozialdemokratischer Beteiligung.

Dabei sind die Reformen nicht das einzige, was schmerzt. Sie werden zusätzlich durch einen ständigen Generalverdacht begleitet. Beschäftigte werden als potentielle Blumacher:innen diffamiert, Erwerbslose als Last, die wir uns nicht leisten können und Notlagen als selbstverschuldet abgestempelt. Diese Erzählung haben wir, die sozialdemokratischen Kräfte, nicht selbst in die Welt gesetzt. Aber wir singen dieses Lied der Konservativen und von Rechtsaußen mit. Die SPD scheint vergessen zu haben, für wen sie eigentlich Politik gestalten sollte. Kleiner Spoiler: Es sind nicht die Vorstandsetagen.

2. Der Kanzler der gescheiterten Versprechen

Verantwortlich für diesen Kurs ist vor allem der Mann, der diesen Kurs anführt: Friedrich Merz.

Er ist mit Versprechen angetreten, die er nicht einlösen kann. Angekündigt waren eine wirtschaftliche Wende, eine Investitionsoffensive und der Umschwung zum Aufschwung. Nichts davon ist eingetreten. Die Wachstumsprognose für 2026 wurde von 1,3 auf 0,6 Prozent korrigiert. Verlässlich umgesetzt werden nur Entlastungen für die Unternehmen wie etwa degressive Abschreibungen und die Senkung der Körperschaftssteuer. Die Rechnung dafür bezahlen Rentner:innen, Pflegebedürftige und Beschäftigte.

Friedrich Merz hat die Legende vom unbezahlbaren Sozialstaat zur Regierungsagenda gemacht. Auch wenn der Anteil der Sozialausgaben an den Bundesaussgaben in den letzten Jahren gesunken ist, behauptet er, der Sozialstaat sei in der heutigen Form "nicht mehr finanzierbar". Damit zerschneidet er das letzte Netz der Sicherheit für die Beschäftigten, und das ausgerechnet in Zeiten massiver Transformationsprozesse auf dem Arbeitsmarkt.

Immer wieder treibt der Kanzler einen Keil in die Gesellschaft. In seinen Reden führt er den Menschen nur allzu häufig vor, was sie zwar ahnen, aber selten so schamlos gesagt bekommen: In unserer Gesellschaft seid ihr nur auf dem Papier gleich und euer Wert wird nach eurem wirtschaftlichen Nutzen bemessen.

Und er ist klar gescheitert. Im Juli 2026 waren nach Meinungsforscher:innen noch 16 Prozent der Befragten mit seiner Arbeit zufrieden, im September 2026 nur noch 9 Prozent. Die Zufriedenheitswerte des gesamten Kabinetts sind unterirdisch. Bereits im April 2026 hat die AfD die Union in den Umfragen erstmals überholt.

3. Unsere eigene Verantwortung

Und trotz allem darf die erschütternde Bilanz von Friedrich Merz und der Union keine Ausrede für unsere schlechte Performance als sozialdemokratische Kräfte sein. Es wäre bequem, die Verantwortung für die aktuelle Lage dort abzuladen. Zur Wahrheit gehört aber eben auch: Dieser Kurs wird mit sozialdemokratischen Stimmen beschlossen. Ohne uns gäbe es aktuell keine demokratische Mehrheit für

83 die Kürzungen und Gesetzesverschärfungen. Deshalb reicht es uns nicht, den
84 Kanzler zu kritisieren. Wir fordern, dass die Sozialdemokratie aufhört, ihm die
85 Mehrheiten für seinen Kurs zu liefern.

86 Menschen, die erleben, dass jede Regierung ihnen etwas nimmt und nichts dafür
87 gibt - nein, sie sogar dafür beschimpft, nicht mehr zu geben - ziehen daraus
88 einen naheliegenden Schluss: Es macht keinen Unterschied, wen man wählt,
89 Verbesserungen im eigenen Leben bleiben ohnehin aus. Es sei denn man wählt
90 jemanden, der das ganze System ablehnt.

91 Genau von diesem Trugschluss lebt die AfD. Sie liefert keine Antworten, aber sie
92 verkauft ihr Narrativ und profitiert von dieser Glaubwürdigkeitslücke, das Leben
93 der Menschen bezahlbar machen zu wollen, aber tatsächlich in Verantwortung das
94 Gegenteil zu tun.

95 **Wer Leistungen kürzt, produziert Abstiegsangst. Und wer diese Kürzungen mit dem**
96 **Verdacht gegen die Betroffenen begründet, der liefert den Rechten das Narrativ**
97 **gleich mit.**

98 Die Brandmauer gegen die AfD ist deshalb keine Frage von Bündnisbeschlüssen. Sie
99 ist eine Frage materieller Machtverhältnisse. Wer Menschen kein Programm bieten
100 kann, durch das ihr Leben in fünf Jahren besser ist als heute, der wird heute
101 nicht mehr mit Appellen zur Rettung der Demokratie gewinnen. Die AfD will das
102 Rentensystem privatisieren, den Mindestlohn abschaffen, die Gewerkschaften
103 zurückdrängen, den Sozialstaat rückbauen. Wir können ihre Pläne aber nicht
104 glaubhaft angreifen, wenn wir selbst fleißig kürzen und einstampfen. Der
105 wirksamste Angriff auf die AfD ist ein Sozialstaat, der hält.

106 4. Wir stellen fest:

107 Sozialabbau ist die wirksamste Wahlkampfhilfe für die extreme Rechte. Die SPD
108 und die Bundestagsfraktion müssen daher ihre Regierungsbeteiligung und die
109 weiteren Vorhaben in dieser Regierungskoalition daran messen.

110 Die SPD hat sich nicht gegründet, um Kürzungen am Sozialstaat sozialverträglich
111 zu gestalten. Die SPD ist entstanden, weil Menschen sich zusammengeschlossen
112 haben, um den Mächtigen als Kollektiv etwas entgegenzusetzen. Es kann nicht
113 sein, dass die Sozialdemokratie des 21. Jahrhundert die Errungenschaften des 20.
114 Jahrhundert wieder rückabwickelt.

115 5. Was wir fordern:

116 Bis zur nächsten regulären Bundestagswahl sind es noch drei Jahre. Drei Jahre,
117 in denen sich entscheidet, ob die Sozialdemokratie wieder eine Antwort auf
118 soziale Fragen findet. Als Jusos Thüringen fordern wir deshalb die Bundesebene
119 auf:

- 120 • Sichere Arbeit für alle: Die sachgrundlose Befristung darf nicht auf 48
121 Monate ausgeweitet werden. Wir wollen sie abschaffen. Eine Befristung ohne
122 Grund ist kein Instrument der Flexibilität, sondern eben auch eine
123 Disziplinierungsmaßnahme gegen junge Beschäftigte. Sie führt zu großer
124 Unsicherheit unter den Beschäftigten und erzwungener Akzeptanz von
125 Arbeitsbedingungen, die sonst nicht haltbar wären. Dazu kommt vier Jahre
126 des Nichtwissens, ob sie eine Wohnung mieten oder eine Familie gründen
127 können. Der Achtstundentag darf ebenso wenig zur Disposition stehen.
128 "Wochenarbeitszeit" führt zur Entgrenzung von Arbeit auf Kosten von

129 Gesundheit. Statt Arbeitnehmer:innenschutz zu schleifen, muss diese
130 Regierung die Tarifbindung stärken. Dafür braucht es ein Tariftreuegesetz,
131 das seinen Namen auch verdient.

- 132 • Stabile Renten: In einer Gesellschaft, die zukünftig zum Großteil aus
133 Menschen im nicht erwerbstätigen Alter besteht, stellt sich zwingend die
134 Frage, wie wir unser Zusammenleben gestalten wollen. Den angestrebten
135 Zwang, die Menschen durch niedrige Renten wieder in die Erwerbstätigkeit
136 zu drücken, lehnen wir konsequent ab. Projekte wie die Abschaffung der
137 abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren und einem Mindestalter
138 von aktuell 64 Jahren und 8 Monaten, die geplante weitere Absenkung des
139 Rentenniveaus, und eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters spielen
140 die grausame Musik auf der Klaviatur der vermeintlichen
141 Alternativlosigkeit. Ermöglicht man den Menschen jedoch, sich aus freien
142 Stücken einzubringen, gemeinsam zu gestalten und zu verwirklichen, kann
143 eine Gesellschaft entstehen, die auch ohne die Androhung von Leben in
144 Armut ein gutes Leben für alle gestaltet. Wir fordern deshalb eine
145 nachhaltige und sichere Ausgestaltung der Renten, die die Erwerbstätigen
146 davor schützt, im Alter auf die Grundsicherung des Staates angewiesen zu
147 sein.
- 148 • Eine solidarische Gesundheits- und Pflegepolitik: Die Attestpflicht ab dem
149 1. Krankheitstag muss vom Tisch. Sie nützt weder Betrieben noch
150 Krankenkassen etwas, sie schickt kranke Menschen ins volle Wartezimmer und
151 schreibt den Generalverdacht gegen Beschäftigte ins Gesetz. Die
152 telefonische Krankschreibung muss bleiben. In der Pflege brauchen wir eine
153 Deckelung der Eigenanteile und eine Pflegevollversicherung, denn Pflege
154 darf kein Armutsrisiko sein, weder für die Betroffenen noch für die
155 Angehörigen. Finanzieren lässt sich das über eine solidarische
156 Bürger:innenversicherung, die die Zwei-Klassen-Medizin beendet. Und
157 schließlich gehören Krankenhäuser und Daseinsvorsorge in öffentliche Hand
158 und raus aus der Profitorientierung.
- 159 • Sicheres und bezahlbares Wohnen für alle: Die Kürzungen beim Wohngeld
160 müssen zurückgenommen werden. 400.000 Haushalten den Anspruch zu
161 entziehen, ist keine Reform sondern Kürzung mit Ansage und sie trifft vor
162 allem Menschen, die ohnehin jeden Monat rechnen müssen. Darüber hinaus
163 brauchen wir eine wirksame Mietpreisregulierung durch eine verschärfte und
164 entfristete Mietpreisbremse, ein Ende von Index- und Staffelmieten und
165 einen bundesweiten Mietendeckel auf angespannten Wohnungsmärkten. Wir
166 fordern eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit sowie öffentlichen und
167 genossenschaftlichen Wohnungsbau als Regelfall. Dort, wo Konzerne ganze
168 Stadtteile beherrschen, ist die Vergesellschaftung nach Art. 15 GG ein
169 legitimes Mittel und kein Tabu.
- 170 • Eine Existenzsicherung, die ihren Namen verdient: Die Verschärfungen der
171 neuen Grundsicherung müssen zurückgenommen werden. Totalsanktionen sind
172 mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2019 nicht vereinbar und
173 hinter dieses Urteil darf niemand zurück. Was wir stattdessen brauchen
174 sind armutsfeste Regelsätze, deren Berechnung sich nicht an politischen
175 Wünsche und Zielen, sondern am tatsächlichen Bedarf orientiert, und eine
176 Kindergrundsicherung, die Kinderarmut verlässlich beendet. Karenzzeiten
177 müssen ebenfalls erspartes und Wohnen sichern. Wer erwerbslos wird, darf

178 nicht zusätzlich seine Existenzgrundlage verlieren. Unser Ziel bleibt eine
179 sanktionsfreie Mindestsicherung, die Menschen tatsächlich absichert, statt
180 sie zu erziehen.

- 181 • Eine auskömmliche Finanzierung des Systems: Der Sozialstaat ist nicht zu
182 teuer, im Gegenteil: er ist chronisch unterfinanziert. Diese
183 Unterfinanzierung ist rein politisch gewollt, nicht aber notwendig. Wir
184 fordern die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, eine
185 Erbschaftssteuerreform, die Betriebsvermögen nicht länger privilegiert und
186 den konsequenten Kampf gegen Steuerflucht.

187 **Wir fordern daher unsere Abgeordneten und Minister:innen der SPD Thüringen dazu**
188 **auf, sich auf Bundesebene klar gegen den Reformkurs des Kanzlers zu**
189 **positionieren.**

190 **Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, den Reformvorhaben nicht**
191 **zuzustimmen.** Das betrifft insbesondere die Ausweitung der sachgrundlosen
192 Befristung, die Aufweichung des Achtstundentages, die Krankschreibung ab dem
193 ersten Tag und die Wohngeldkürzungen.

194 **6. Deshalb gehen wir am 26. September auf die Straße!**

195 Der DGB ruft an diesem Tag unter dem Motto "Hart verdient! Deine Arbeit. Deine
196 Gesundheit. Deine Rente." zu einem bundesweiten Aktionstag auf. Auch in Erfurt
197 findet eine Demonstration statt.

198 **Wir fordern alle Genoss:innen der Jusos Thüringen und der SPD Thüringen dazu**
199 **auf, sich an diesem Tag an den Protesten zu beteiligen und breit für diese zu**
200 **werben.**

201 Denn für uns ist klar: Sozialleistungen sind keine Almosen, sondern unser gutes
202 Recht. Wer jeden Tag arbeitet, darf von der Politik nie zu einem Problem
203 stilisiert werden. Der Wert eines Menschen bemisst sich nie an seiner
204 geleisteten Arbeitsleistung.

205 Wir stehen dort, wo Sozialdemokrat:innen hingehören: an der Seite der
206 Beschäftigten, der Rentner:innen, der Erwerbslosen, der Pflegekräfte, der
207 Auszubildenden, der Familien und all derer, die diesen Sozialstaat tragen und
208 auf ihn angewiesen sind.

209 **Alles Gute kommt von unten.** Von den Haustüren, aus den Betrieben, den
210 Streikposten.

211 Für sie muss die Sozialdemokratie Politik machen. **Mit Haltung,**
212 **Konfliktbereitschaft und Mut zur Umverteilung.**

Beschluss

Keine Mehrheit mit Faschos! – Rücktritt Philippe Wolff

Gremium: Lako

Beschlussdatum: 20.09.2026

Antragstext

1 Am 16. September 2026 wurde bei den Dezernent:innenwahlen im Erfurter Stadtrat
2 das SPD-Mitglied Philippe Wolff zum Dezernenten für erweiterte Infrastruktur
3 (Bau) gewählt. Bei der doppelten Dezernent:innenwahl in Erfurt sollten sowohl
4 das Baudezernat als auch das Sozialdezernat neu besetzt werden. Die SPD Erfurt
5 hatte im Voraus beschlossen, sich auf die Besetzung des Sozialdezernats zu
6 fokussieren und dafür eine:n Kandidat:in in einem internen Auswahlprozess
7 auszuwählen. Bei diesem Prozess hatte sich Claudia Michelfeit durchgesetzt und
8 war nach Beschlusslage die Person, welche vom Kreisvorsitzenden durchgesetzt
9 werden sollte.

10
11 Später beschloss auch die SPD&Piraten-Fraktion im Stadtrat, bestehend aus acht
12 SPD-Mitgliedern, einem Mitglied der Piratenpartei und einem FDP-Mitglied, mit
13 Claudia als ihrer Kandidatin in diese Wahl zu gehen und bei den anderen
14 demokratischen Fraktionen, vor allem aus dem progressiven Lager, für die
15 Unterstützung der Personalie zu werben.

16
17 Die Linkspartei hatte bereits im Vorfeld dieses Prozesses beschlossen, Katja
18 Maurer als Sozialdezernentin sowie den bisherigen Baudezernenten Matthias
19 Bärwolff als ihren Kandidaten für das Baudezernat zu nominieren. Die CDU-
20 Fraktion (12 Mitglieder + 1 Oberbürgermeister) hatte als Linie stets verkündet,
21 Matthias Bärwolff abwählen zu wollen. Die Grünen-Fraktion (4 Mitglieder) und die
22 Mehrwertstadt-Fraktion (5 Mitglieder) hatten nach Gesprächen mit den
23 aussichtsreichsten Kandidierenden verkündet, dass sie Matthias Bärwolff für Bau
24 und Claudia Michelfeit für Soziales für die fachlich geeignetsten Bewerber:innen
25 hielten und den beiden öffentlich ihre Unterstützung zugesichert.

26
27 Der Oberbürgermeister Andreas Horn (CDU) wiederum nominierte Philippe Wolff
28 (SPD) und Katja Maurer (Linke) als seine Kandidat:innen für die Wahl, ohne dass
29 andere Fraktionen außer seiner eigenen Fraktion, der CDU, diese Kandidaturen
30 mitgetragen hätten. Vor dieser Ausgangslage beschloss die SPD&Piraten-Fraktion,
31 Mehrheiten mit dem progressiven Lager zu suchen, was in der gemeinsamen
32 Nominierung von Matthias Bärwolff und Claudia Michelfeit durch alle vier
33 Fraktionen (SPD&Piraten, Linke, Grüne, Mehrwertstadt) resultierte.

34
35 Selbst wenn die SPD&Piraten-Fraktion einen Fraktionsbeschluss gefasst hätte,
36 Philippe Wolff anstelle von Matthias Bärwolff zu unterstützen, wäre dieser nur
37 auf 23 Stimmen aus dem demokratischen Lager gekommen (OB, 12 CDU, 10
38 SPD&Piraten), da bereits 18 Stadträt:innen Matthias Bärwolff zu ihrem Kandidaten

39 auserkoren hatten (9 Linke, 5 Mehrwertstadt, 4 Grüne). Mit den zehn Stimmen der
40 „Bunten Fraktion“ SPD&Mehrwertstadt hätte er rein rechnerisch die demokratische
41 Mehrheit hinter sich versammelt (mit 27 Stimmen: 28 Stimmen linkes Lager, 1
42 Person abwesend), da das Mitglied der FDP bereits angekündigt hatte, ihn nicht
43 zu wählen.

44
45 Nach einer Probeabstimmung im progressiven Lager, bei der nicht alle
46 Stadträt:innen aus dem progressiven Lager vor Ort waren, konnten Bärwolff und
47 Michelfeit (Nominierungen progressives Lager) jeweils 20 Stimmen auf sich
48 vereinigen, Maurer und Wolff erhielten jeweils fünf Stimmen. Nach diesem
49 Ergebnis hätte allen Demokrat:innen klar sein müssen, dass sie, um zu
50 verhindern, dass die zehn Stimmen der AfD die Wahl entscheiden, ihre
51 Wahlentscheidung noch einmal überdenken müssen, ankündigen müssen, dass sie dies
52 nicht tun werden und die Verhandlungen von Neuem beginnen müssen, oder dass sie
53 sich zumindest bei der Wahl enthalten müssen. Eine dieser Aktionen wäre
54 Voraussetzung gewesen, um die Gestaltungsmacht der AfD zu verhindern. Von all
55 dem passierte jedoch nichts. Und so kam es zwei Tage später zum ersten Wahlgang
56 im Stadtrat um das Baudezernat, bei welchem Matthias Bärwolff 21 Stimmen und
57 Phillippe Wolff 19 Stimmen erhielt. Zehn Stadträt:innen enthielten sich. Es ist
58 davon auszugehen, dass diese zehn Enthaltungen von den AfD-Stadträten kamen, die
59 mit keinem:keiner eigenen Kandidat:in in die Wahl gegangen waren.

60
61 Nach diesem Ergebnis hatten alle Demokrat:innen im Stadtrat erneut die
62 Möglichkeit, die drohende Wahl des Dezernenten Wolff durch die Stimmen der AfD
63 zu verhindern, dadurch, sich entweder doch an den zuvor vereinbarten Kompromiss
64 zu halten oder zumindest ihre Stimme ungültig zu machen. Davon, dass die AfD
65 Bärwolff in der geheimen Wahl unterstützt, konnte nicht ausgegangen werden, denn
66 dann hätte man im Nachhinein erzählen können, die progressiven Fraktionen hätten
67 sich doch noch an den verkündeten Kompromiss gehalten und einige CDUler:innen
68 hätten die drohende Zäsur durch eine veränderte Stimmabgabe abgewendet. Kurzum:
69 Für maximales Chaos, das vorrangige Ziel der AfD, war es am sinnvollsten, den
70 Kandidaten des OB, Phillippe Wolff, zu wählen.

71
72 Genau dies ist im zweiten Wahlgang dann auch passiert: Philippe Wolff, SPD-
73 Mitglied, wurde mit 29 zu 21 Stimmen ins Amt gewählt. Nach 15-minütiger Pause
74 und Bedenkzeit nahm er die Wahl an und akzeptierte dabei auch die Glückwünsche
75 der AfD zur Wahl. Auch der Fraktionsvorsitzende von SPD&Piraten gratulierte
76 Philippe Wolff mit einem Blumenstrauß (sozusagen im Namen der Fraktion) zur
77 Wahl. An diesem Punkt wurden wirklich die allerletzten Grenzen überschritten. In
78 später erschienenen Presseverlautbarungen ist nachzulesen, dass der
79 Fraktionsvorsitzende bestätigte, drei bis vier Mitglieder der SPD&Piraten-
80 Fraktion haben anders als in der Fraktion beschlossen abgestimmt.

81
82 Einzig das Vergessen des historischen Erbes und der Grundhaltung der SPD von
83 Seiten dieser Fraktionsmitglieder ermöglichte es der AfD-Fraktion, „We Are the
84 Champions“ singend nach der Wahl durch den Stadtrat zu ziehen.

85
86 Als Reaktion auf dieses Geschehen entschieden die vier SPD-Stadträt:innen
87 Melissa Butt, Denny Möller, Daniel Mroß und Jörg Neigefindt, unverzüglich aus
88 der SPD&Piraten-Fraktion auszutreten und eine neue SPD-Fraktion zu gründen.

89
90 Die Jusos Thüringen unterstützen diese Entscheidung der vier SPD-Stadträt:innen.

91 Wir erkennen diese Fraktion als die rechtmäßige Fraktion der SPD im Erfurter
92 Stadtrat an.

93
94 Wir fordern Philippe Wolff außerdem auf, die Ernennungsurkunde und damit die
95 Position als Dezernent nicht anzunehmen.

96
97 Wir fordern außerdem die Jusos Erfurt auf, diesen Antrag beim Kreisparteitag der
98 SPD Erfurt einzubringen und stehen dafür mit voller Unterstützung hinter ihnen.

99 Die Jusos Thüringen fordern das SPD-Mitglied Philippe Wolff nachdrücklich dazu
100 auf seine Ernennungsurkunde zum Erfurter Dezernenten abzulehnen. Er muss seinen
101 untragbaren Fehler zurücknehmen.